Gesetz über die Flurgenossenschaften

vom 29. April 1962¹

Die Landsgemeinde des Kantons Appenzell I.Rh.,
gestützt auf Art. 703 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB), Art. 93 ff. des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft vom 29. April 1998 (Landwirtschaftsgesetz, LwG) sowie Art. 20 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 24. Wintermonat 1872,²

beschliesst:

Art. 1³

¹Die Flurgenossenschaften sind Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechtes.

Begriff und Anwendung

²Wenn Bodenverbesserungen, wie Gewässerkorrekturen, Aufforstungen, Weganlagen, Zusammenlegung von Wald und landwirtschaftlichen Gütern und dergleichen, nur durch ein gemeinschaftliches Unternehmen möglich sind, kann die Gründung einer Flurgenossenschaft unter amtlicher Mitwirkung anbegehrt werden.

Art. 2

¹Das Begehren ist schriftlich dem Bezirksrat einzureichen. Erfasst das Unternehmen mehrere Bezirke, so ist die Behörde jenes Bezirkes zuständig, auf dessen Gebiet der grösste Teil des Unternehmens liegt.

Begehren an den Bezirksrat

²Die Eingabe hat Zweck und Umfang des Projektes näher zu bezeichnen, die Grenzen und die Grösse der in die Unternehmung fallenden Grundfläche, sowie das Grundeigentum und die Grundeigentümer*, deren aktive Teilnahme verlangt wird, möglichst genau zu nennen.

Art. 3⁴

¹Der Bezirksrat prüft das Projekt auf seine wirtschaftliche Berechtigung und auf die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit einer gemeinsamen Durchführung. Er holt die Stellungnahme des Land- und Forstwirtschaftsdepartementes ein.

Amtliche Vorprüfung

¹ Mit Revisionen vom 26. April 1987 und 24. April 2005.

² Ingress abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.

³ Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

* Die Verwendung der männlichen Bezeichnungen gilt singemäss für beide Geschlechter.

⁴ Abgeändert (Abs. 2 und 3) durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

²Stimmt der Bezirksrat dem Projekt zu, so erstellt er ein Verzeichnis der beteiligten Grundeigentümer und Grundstücke, das von der Eingabe im Sinne von Art. 2 Abs. 2 dieses Gesetzes abweichen kann. Der Beschluss sowie das Verzeichnis der einbezogenen Grundstücke ist den beteiligten Grundeigentümern schriftlich mitzuteilen. Zudem ist das Verzeichnis während 20 Tagen zur Einsichtnahme öffentlich aufzulegen.

³Gegen einen abweisenden Beschluss bzw. gegen die Aufnahme oder Nichtaufnahme in das Verzeichnis steht jedem Grundeigentümer innert 20 Tagen das Rekursrecht an die Standeskommission zu.

Art. 4¹

Erste Beteiligten-Versammlung

¹Wurde dem Begehren in der Vorprüfung zugestimmt und ist das Verzeichnis der beteiligten Grundeigentümer und Grundstücke bereinigt, ordnet der Bezirksrat sofort eine Versammlung aller beteiligten Grundeigentümer an. Dazu ist unter Mitteilung der Traktandenliste mindestens zehn Tage vorher einzuladen.

²Der Bezirkshauptmann oder ein Mitglied des Bezirksrates leitet die Versammlung und bestimmt einen Protokollführer.

Art. 5

Stimmrecht

Jeder am Unternehmen beteiligte Grundeigentümer hat ohne Rücksicht auf den Umfang seines Grundeigentums eine Stimme bei den Versammlungen. Stimmberechtigte, die am persönlichen Erscheinen verhindert sind, können sich durch eine handlungsfähige, mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen. Die Mit- oder Gesamteigentümer eines Grundstückes haben einen Vertreter zu wählen.

Art. 6²

Geschäfte der ersten Beteiligten-Versammlung

¹Die erste Beteiligten-Versammlung hat zu beschliessen, ob eine nähere Prüfung des vorgeschlagenen Unternehmens erfolgen solle. Für den Entscheid genügt die einfache Mehrheit der Stimmenden.

²Wird Eintreten auf das Projekt beschlossen, ist sofort eine vorbereitende Kommission sowie eine unabhängige Schätzungskommission zu wählen. Der vorbereitenden Kommission kann auch eine Person angehören, die nicht beteiligte Grundeigentümerin ist. Der Schätzungskommission dürfen keine beteiligten Grundeigentümer angehören.

³Ausserdem ist jedes kantonale subventionierende Gemeinwesen berechtigt, einen stimmberechtigten Vertreter in diese Kommission zu delegieren.

¹ Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Abgeändert (Abs. 2) durch LdsgB vom 26. April 1987.

Art. 7¹

¹Die vorbereitende Kommission hat Statuten zu entwerfen und die Erstellung der erforderlichen Pläne, Beschriebe und Kostenvoranschläge zu veranlassen. Vorarbeiten

²Die Schätzungskommission hat einen Kostenverteiler auszuarbeiten, in welchem die prozentualen Perimeterquoten der einzelnen beteiligten Grundstücke entsprechend ihrem Nutzen am Werk anzugeben sind. Dabei sind bei Weganlagen die Bestimmungen der kantonalen Strassengesetzgebung sinngemäss anzuwenden.

Art. 8

Die Statuten sollen Bestimmungen enthalten über Zweck und Umfang der Flurnovossenschaft, Rechte und Pflichten der Beteiligten, Kompetenzen der Organe, Leitung und Aufsicht der Ausführungsarbeiten, Besorgung und Unterhalt des Werkes, Deckung der Anlage- und Unterhaltskosten. Statuten

Art. 9²

¹Statutenentwurf, Pläne, Beschrieb, Kostenvoranschlag und Kostenverteiler sind dem Bezirkshauptmannamt einzureichen und von diesem während 20 Tagen zur Einsichtnahme der Beteiligten, Pläne zur Einsichtnahme der Öffentlichkeit aufzulegen. Auflage der Akten

²Zeit und Dauer der Auflage sind öffentlich bekanntzugeben. Beteiligte, die auswärts wohnen, sind mit eingeschriebenem Brief zu benachrichtigen.

³Wünsche und Abänderungsvorschläge bezüglich Statutenentwurf, Pläne, Beschrieb, Kostenvoranschlag und Kostenverteiler sind innert der Auflagefrist beim Bezirkshauptmannamt schriftlich mit Einsprache zuhanden der vorbereitenden Kommission anzubringen, welche die Vorbringen prüft und nach Möglichkeit auf gütlichem Wege erledigt.

⁴Innert der Auflagefrist können die Pläne von jedem in seinen Interessen beeinträchtigten Grundeigentümer sowie von jeder im betreffenden Bezirk wohnhaften natürlichen Person beim Bezirkshauptmannamt schriftlich mit Einsprache angefochten werden. Es gilt das gleiche Verfahren wie bei Abs. 3 dieses Artikels.

Art. 10³

¹Nach Ablauf der Auflagefrist wird vom Bezirkshauptmann die zweite Beteiligten-Versammlung einberufen, welche über das Unternehmen zu entscheiden hat. Zweite Beteiligten-Versammlung

²Stimmt die Mehrheit der beteiligten Grundeigentümer, denen zugleich mehr als die Hälfte des beteiligten Bodens gehört, dem Unternehmen zu, so sind die übrigen Grundeigentümer zum Beitritt verpflichtet.

¹ Neu gefasst durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert (Abs. 2) durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Neu gefasst durch LdsgB vom 26. April 1987.

³ Aufgehoben (Abs. 7) durch LdsgB vom 26. April 1987. Ergänzt (Abs. 5) und abgeändert (Abs. 6) durch LdsgB vom 24. April 2005.

³Die nicht erschienenen oder nicht stimmenden Grundeigentümer gelten als zustimmend.

⁴Der Beitritt ist im Grundbuch anzumerken.

⁵Bei Erlass der Einladung ist auf den Abstimmungsmodus aufmerksam zu machen. Art. 4 und 5 dieses Gesetzes sind sinngemäss anzuwenden.

⁶Wird der Ausführungsbeschluss gefasst, hat die Versammlung über die Statuten abzustimmen und auf Grund derselben die Kommission neu zu wählen, welche die weitere Durchführung des Unternehmens veranlasst. In die Kommission kann auch eine Person gewählt werden, welche nicht beteiligte Grundeigentümerin ist.

Art. 11¹

Weiterziehung ¹Der Ausführungsbeschluss kann innert zehn Tagen bei der Standeskommission angefochten werden, falls die Notwendigkeit einer gemeinsamen Ausführung, die Zweckmässigkeit der Vorlage oder die Beteiligungspflicht bestritten werden.

²Die Standeskommission kann Abänderungen verfügen.

Art. 12²

Genehmigung ¹Pläne, Beschrieb, Kostenvoranschlag, Statuten, die Protokolle der Beteiligten-Versammlungen und nicht erledigte Einsprachen sind der Standeskommission einzureichen.

²Nach Erledigung der Einsprachen genehmigt die Standeskommission die eingereichten Akten, wenn diese den gesetzlichen Vorschriften entsprechen, die Bedingungen für eine zweckmässige Ausführung vorliegen und die Kosten des Unternehmens mit seinem Nutzen in Einklang stehen.

³Mit der Genehmigung durch die Standeskommission wird der Flurgenossenschaft die juristische Persönlichkeit verliehen.

⁴Verändern sich aufgrund von Einsprachen die Perimeterquoten, so ist der Kostenverteiler neu aufzulegen.

Art. 13

Enteignung Im Umfang der von der Standeskommission genehmigten Pläne kommt der Flurgenossenschaft das Enteignungsrecht zu.

Art. 14³

Beginn der Ausführung ¹Wird das Projekt mit Bundesbeiträgen unterstützt, setzt die Standeskommission den Zeitpunkt fest, ab welchem das Werk begonnen werden darf.

²Die Kommission hat den Beginn der Unternehmung öffentlich bekannt zu geben.

¹ Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Ergänzt (Abs. 4) durch LdsgB vom 26. April 1987.

³ Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

³Stellt sich im Verlauf der Ausführung die Notwendigkeit von Änderungen heraus, so können diese nach Anhören der direkt Beteiligten von der Standeskommission bewilligt werden.

Art. 15¹

¹Der Kanton unterstützt die genehmigten Werke durch Leistung von Subventionen und vermittelt die Bundesbeiträge. Kosten

²Der Rest der Kosten sowie die Kosten des Unterhaltes sind von den beteiligten Grundeigentümern zu tragen.

Art. 16²

¹Kommt ein Projekt nicht zur Ausführung, werden die erlaufenen Kosten vom zuständigen Bezirksrat im Verhältnis der Perimeterquoten auf die beteiligten Grundeigentümer verlegt. Kostenverteilung

²Nach Beendigung des Werkes setzt die Schätzungskommission die definitiven Perimeterbeiträge aufgrund der prozentualen Perimeterquoten und der Bauabrechnung sowie unter Berücksichtigung allfälliger Auslösungsbeiträge für eingegangene Dienstbarkeiten, Grundlasten und weitere Beschwerden fest.

³Der definitive Kostenverteiler ist während 20 Tagen beim Bezirkshauptmannamt zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufzulegen. Die Beteiligten sind mit eingeschriebenem Brief zu benachrichtigen.

⁴Innert der Auflagefrist kann der Kostenverteiler als solcher, nicht jedoch die prozentualen Perimeterquoten mit Rekurs bei der Standeskommission angefochten werden.

Art. 17³

¹Die Bereinigung der Dienstbarkeiten und Grundlasten der in die Flurgenossenschaft einbezogenen Grundstücke, insbesondere die Verlegung und Neuregelung der Fuss- und Fahrrechte obliegt auf Antrag der Kommission der Flurgenossenschaft dem Bezirksrat. Die entsprechende Bereinigung ist während 20 Tagen beim Bezirkshauptmannamt zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufzulegen. Zeit und Dauer der Auflage sind öffentlich bekanntzugeben. Beteiligte, die auswärts wohnen, sind mit eingeschriebenem Brief zu benachrichtigen. Bereinigung der Dienstbarkeiten und Grundlasten

²Innert der Auflagefrist kann die Bereinigung mit Einsprache beim Bezirksrat angefochten werden, gegen dessen Entscheid innert zehn Tagen Rekurs bei der Standeskommission erhoben werden kann.

³Die vollstreckbare Bereinigung der Dienstbarkeiten und Grundlasten ist auf Anmeldung der Kommission, vertreten durch den Präsidenten, im Grundbuch einzutragen.

¹ Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Neu gefasst durch LdsgB vom 26. April 1987.

³ Eingefügt durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert (Abs. 2 und 3) durch LdsgB vom 24. April 2005.

Art. 18¹

Erledigung von Streitigkeiten

¹Streitigkeiten der Genossenschafter unter sich oder mit der Genossenschaft, ausgenommen solche über die Entschädigung für den von den Beteiligten an das Unternehmen abzutretende Land, entscheidet, falls eine gütliche Einigung nicht herbeigeführt werden kann, der Bezirksrat, gegen dessen Entscheid innert zehn Tagen Rekurs bei der Standeskommission erhoben werden kann. Für Enteignungen gilt das Verfahren nach kantonalem Enteignungsrecht.

²Streitigkeiten zwischen der Genossenschaft und Drittpersonen werden auf dem ordentlichen Rechtsweg entschieden.

Art. 19²

Fällige Beiträge

¹Für die Beiträge der beteiligten Grundeigentümer besteht zu Gunsten der Flurgenossenschaft ein Anspruch auf ein gesetzliches Grundpfandrecht, das allen andern eingetragenen Belastungen im Range vorgeht. Die Eintragung hat innert sechs Monaten nach Fälligkeit des Betrages auf Antrag der Kommission zu erfolgen.

²Die rechtskräftigen Beschlüsse oder Entscheide über die Beiträge der beteiligten Grundeigentümer an die Kosten werden einem vollstreckbaren gerichtlichen Urteil gemäss Art. 80 Abs. 2 SchKG gleichgestellt.

³Bei Zweckentfremdung des von der Flurgenossenschaft erstellten Werkes haben die zweckentfremdeten Grundstücke bzw. deren Eigentümer der Flurgenossenschaft die zurückzuerstattenden öffentlichen Beiträge zurückzuzahlen.

Art. 20³

Unterhalt

¹Mit der Erstellung des Kostenverteilers nach Abschluss des Unternehmens ist ein angemessener Unterhaltsfonds auszuscheiden, dessen Mindesthöhe von der Standeskommission bestimmt wird.

²Der Grosse Rat erlässt Vorschriften über den Unterhalt der Werke und deren Beaufsichtigung.

³Die Schätzungskommission legt nach Beendigung des Werkes, soweit notwendig, einen Unterhaltssperimeter fest. Dabei sind das Interesse der Grundstücke am Werk und deren Bewirtschaftungsarten zu berücksichtigen.

⁴Der Unterhaltssperimeter ist während 20 Tagen beim Bezirkshauptmannamt zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufzulegen. Die Beteiligten sind mit eingeschriebenem Brief zu benachrichtigen. Innert der Auflagefrist kann der Unterhaltssperimeter mit Einsprache beim Bezirksrat angefochten werden, gegen dessen Entscheid innert zehn Tagen Rekurs bei der Standeskommission erhoben werden kann.

¹ Abgeändert (Artikelnummer und Abs. 1) durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert (Abs. 1) durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Abgeändert (Artikelnummer) und ergänzt (Abs. 3) durch LdsgB vom 26. April 1987.

³ Neu gefasst durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert (Abs. 2 und 4) durch LdsgB vom 24. April 2005.

Art. 21¹

In Fällen von Bodenzusammenlegungen soll bei der neuen Einteilung jeder Eigentümer soweit tunlich für den Wert der abgetretenen Grundstücke den Ersatz in möglichst gleicher Lage und von annähernd gleicher Bodengüte und Ertragsfähigkeit erhalten.

Bodenzusammenlegungen

Art. 22²

Eine Entschädigung in Geld darf, ausser freier Vereinbarung, nur stattfinden:

1. zur Ausgleichung kleiner Wertunterschiede zwischen den umgetauschten Grundstücken;
2. wenn kleine Bodenstücke abzutrennen sind und es an geeignetem Boden zum Ersatze mangelt; in diesem Falle ist voller Schadenersatz zu leisten.

a) Entschädigung

Art. 23³

Nach Vollendung des Unternehmens hat die Flurkommission die neue Flureinteilung öffentlich beurkunden und ins Grundbuch aufnehmen zu lassen. Für die damit verbundenen Eintragungen ins Grundbuch dürfen keine Gebühren erhoben werden (Art. 954 ZGB).

b) Beurkundung

Art. 24⁴

Die Bestimmungen der Gesetzgebung über die Wasserbaupolizei und den Wald bleiben vorbehalten. Sofern vorstehend keine besondern Vorschriften getroffen worden sind, gelten die Bestimmungen der kantonalen Gesetzgebung über das Strassenwesen.

Vorbehalt

Art. 25⁵

Bei Bodenverbesserungen von erheblichem allgemeinen Interesse ist der Grosse Rat zur Anwendung von Art. 703 Abs. 3 ZGB ermächtigt. Er erlässt auch die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.

Ermächtigung des Grossen Rates

¹ Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987.

² Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987.

³ Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987.

⁴ Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.

⁵ Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987.

Art. 26¹Art. 27²

Erweiterung des
Genossen-
schaftskreises

¹Der nachträgliche Einbezug eines Grundstückes in eine Flurgenossenschaft setzt dessen Interesse am Werk der Flurgenossenschaft voraus. Er bedarf der Zustimmung der betreffenden Grundeigentümer und eines entsprechenden Beschlusses der Flurgenossenschaft sowie des Bezirksrates und der Standeskommission. Wird die Zustimmung verweigert, entscheidet der Bezirksrat, dessen Entscheid innert zehn Tagen mit Rekurs an die Standeskommission weitergezogen werden kann.

²Der Eigentümer eines nachträglich einbezogenen Grundstückes hat der Flurgenossenschaft eine von der Schätzungskommission entsprechend dem Interesse des Grundstückes festgesetzte Einkaufssumme zu entrichten. Dabei ist bei Weganlagen die kantonale Strassengesetzgebung sinngemäss anzuwenden. Kann über deren Höhe keine gütliche Einigung herbeigeführt werden, entscheidet erstinstanzlich der Bezirksrat, gegen dessen Entscheid innert zehn Tagen Rekurs bei der Standeskommission erhoben werden kann.

Art. 28³

Austritt aus der
Genossenschaft

¹Die Entlassung eines Grundstückes aus einer Flurgenossenschaft darf nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erfolgen. Sie bedarf der Zustimmung der betreffenden Grundeigentümer und eines entsprechenden Beschlusses der Flurgenossenschaft sowie des Bezirksrates und der Standeskommission. Wird die Zustimmung verweigert, entscheidet der Bezirksrat, gegen dessen Entscheid innert zehn Tagen Rekurs bei der Standeskommission erhoben werden kann.

²Als wichtiger Grund im Sinne von Abs. 1 dieses Artikels gilt eine Benützungs- bzw. Bewirtschaftungsänderung eines Grundstückes, welche das Interesse am Werk überflüssig machen, oder dessen Erschliessung durch ein anderes Werk. Der austretende Grundeigentümer hat zudem keinen Anspruch auf eine Rückzahlung seines ursprünglich geleisteten Perimeterbeitrages oder sonstwie auf eine Entschädigung.

Art. 29⁴

Auflösung der
Flurgenossen-
schaft

Die Auflösung einer Flurgenossenschaft bedarf einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der Genossenschafter und der Zustimmung des Bezirksrates und der Standeskommission. Sie darf nur erfolgen, wenn ihr Zweck dahingefallen ist und sämtliche Schulden getilgt sind. Das bei der Auflösung noch vorhandene Genossenschaftsvermögen wird entsprechend der prozentualen Perimeterquote unter die Genossenschafter verteilt.

¹ Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987. Aufgehoben durch LdsgB vom 24. April 2005.

² Eingefügt durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.

³ Eingefügt durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.

⁴ Eingefügt durch LdsgB vom 26. April 1987.

Art. 30¹

¹Der Zusammenschluss mehrerer Flurgenossenschaften darf nur bei einem sachlichen Interesse und mit Zustimmung der Genossenschaftler sowie des Bezirksrates und der Standeskommission erfolgen. Dabei ist der Zusammenschluss nur zwischen jenen bisherigen Genossenschaften möglich, deren Mitglieder einem solchen mit einer ²/₃-Mehrheit zugestimmt haben.

Zusammen-
schluss mehrerer
Genossen-
schaften

²Für die Gründung der neuen Flurgenossenschaft sind die einschlägigen Verfahrensvorschriften dieses Gesetzes sinngemäss anwendbar. Kommt die Gründung der neuen Flurgenossenschaft nicht zustande, behalten die bisherigen Flurgenossenschaften ihre Rechtspersönlichkeit.

Art. 31²

Das Gesetz tritt nach Annahme durch die Landsgemeinde in Kraft.

Inkraftsetzung

¹ Eingefügt durch LdsgB vom 26. April 1987.

² Abgeändert (Artikelnummer) durch LdsgB vom 26. April 1987. Abgeändert durch LdsgB vom 24. April 2005.